

Kuper hört zu und ermutigt die Eigentümer

Interkommunales Gewerbegebiet: Landtagsabgeordneter trifft Anlieger, die nicht verkaufen wollen



Schloß Holte Stukenbrock (kl). »Ich stehe hier als ihr Landtagsabgeordneter«, betont André Kuper (CDU) und weist auch gleich darauf hin, dass das Land im gegenwärtigen Stadium nicht mehr in die Planungshoheit der beteiligten Kommunen eingreifen könne. Dennoch: Zuhören sei ihm wichtig, und natürlich werde er die Bürgermeister von Schloß Holte-Stukenbrock, Hövelhof und Augustdorf über das Gespräch informieren.

Kuper traf gestern morgen die sieben Anlieger, die ihre Flächen nicht für das interkommunale Gewerbegebiet in Stukenbrock-Senne zur Verfügung stellen wollen. Er rät ihnen, ihre Bedenken schriftlich an die Kommunen zu senden, frühzeitig, um keine Fristen zu versäumen. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, da die Planung der Gemeinde »bei Null« stehe. Die Bürgerbeteiligung sei nach dem Aufstellungsbeschluss vorgesehen.

Beim Land und bei der Bezirksregierung sei der Zug abgefahren. Kuper rät ferner, dass jeder einzelne für sich seine Bedenken formuliert, statt eines Gruppenschreibens. »Das gemeinsame Anliegen ist klar, aber da gibt es eine Menge Detailprobleme.«

Zum Beispiel die Frage, was aus den Investitionen für Klärgruben und Trinkwasserversorgung wird, die einige der Grundstückseigentümer getätigt haben. Wenn das Gewerbegebiet kommt, herrsche Anschlusszwang und Genehmigungen für einzelne Anlagen könnten erlöschen. Zusätzlich seien Erschließungskosten an die Stadt zu zahlen, und das in nicht unerheblicher Höhe.

Das ist nur eine Sorge, die die Anlieger umtreibt. Für Mark Grünke ist die Situation eigentlich klar. Wenn sieben Besitzer ihre Flächen nicht verkaufen, dann komme die für das Gewerbegebiet erforderliche Gesamtfläche nicht zusammen, und dann könnten die Kommunen eigentlich ihre Planung beenden und sich das Geld sparen. Auch dass sämtliche Bewohner mit einer Umsiedlung einverstanden sein müssten, es aber nicht sind, sei ein Argument.

Kuper erklärt, dass die Stadt die Planung nicht gegen den Willen der Anlieger umsetzen kann. »Wenn das alles so wäre, wie Sie sagen, dann würde es so kommen.« Doch die Stadt hoffe wohl, eben doch noch an einzelne Flächen zu kommen, deshalb werde die Planung fortgesetzt.

Für die Anlieger nicht nachvollziehbar, ebenso wie die Argumente, die für das Gewerbegebiet ins Feld geführt werden. Beispiel Arbeitsplätze »Wir haben hier doch genug, wir brauchen keine zusätzlichen Arbeitsplätze«, sagt Marion Schmidt.

Mark Grünke betont, wie eng das Plangebiet an Naturschutzflächen grenzt, Annette Auster-Müller weist auf den touristischen Wert Stukenbrock-Sennes hin. Radler und Wanderer blieben künftig sicher fern. »Ich könnte den Campingplatz verkaufen und in eine Villa auf Mallorca ziehen, aber mir liegt was an der Gegend hier, obwohl ich nicht hier wohne. Ohne den Tourismus wäre der Ort ärmer.«

Die Anlieger kritisieren auch die Informationspolitik der Stadt. »Man wird gerne im Dunkeln gelassen. Es ist zermürend«, sagt Mark Grünke.